



Möbelwagen vor den Torhäusern

Die meisten Mieter haben sich häuslich eingerichtet

SEITE 4



Antennen auf dem Dach

Sind Mobilfunksender ein Risiko für die Gesundheit?

SEITE 7



Den Triftweg immer weiter

Mehr als 30 Jahre lebte Otto Nuschke in Nieder Neuendorf

SEITE 8

Die MVA (zer)stört das Bild



FOTOS: TATJANA HERKNER

Eine Müllverbrennungsanlage schadet dem neuen Image der Stadt

Die Entscheidung, ab 1. Juni 2005 nur noch vorbehandelten Hausmüll zu deponieren, ist ein unvermeidlicher Schritt zum nachhaltigen Schutz der Umwelt und Erhalt unserer natürlichen Lebensbedingungen. Mit dieser Entscheidung übernehmen wir letztlich auch ein Stück mehr Verantwortung für den von uns produzierten Wohlstandsmüll und lassen die nachfolgenden Generationen nicht auf unseren Müllbergen buchstäblich sitzen. Was so einfach und ehrenvoll klingt, hat aber weitreichende Konsequenzen. Die geplante Müllverbrennungsanlage (MVA) mitten in Hennigsdorf betrifft uns unmittelbar.

Es wäre sicherlich falsch, den an der Standortentscheidung beteiligten Seiten zu unterstellen, sie hätten nicht alle Argumente abgewogen und eine Entscheidung im Sinne des Gemeinwohls gesucht. Es gibt viele gute Gründe für den gewählten Standort – aber nicht weniger dagegen. Für jede Meinung und Gegenmeinung lassen sich Gutachten und Gegengutachten be-

stellen. Unsicherheit und Ängste in der Bevölkerung lassen sich so aber nicht ausräumen – Schuld daran sind auch die vielen kleinen und großen Skandale, die sich um Müllverbrennungsanlagen ranken. Das Misstrauen sitzt tief.

So wenig wie jemand seine Flugangst überwindet, nur weil die Statistik sagt, dass die Möglichkeit, bei einem Absturz ums Leben zu kommen, äußerst gering ist, genau so wenig lässt sich die Angst vor den möglichen Gefahren einer MVA mit wissenschaftlichen Gutachten entkräften.

Selbst wenn die geplante Anlage die Lebensqualität objektiv nicht mindert, subjektiv stellt sie für viele Hennigsdorfer eine nachhaltige Beeinträchtigung der Lebensqualität dar. Auch bei allen eingehaltenen Grenzwerten und permanenten Kontrollen wird ein Gefühl der Unsicherheit und Angst bleiben. Und Angst macht – wie Dioxin in der Luft oder Schwermetall im Trinkwasser – krank.

Wirtschaftliche Argumente und die Zusicherung von Arbeitsplätzen wie-

gen heute schwer. Zumindest muss aber die Frage erlaubt sein, ob auf lange Sicht eine MVA den sich entwickelnden Technologiestandort Hennigsdorf nicht eher schwächt als ihm nützt, da sie dem neu gewonnenen Image der Stadt schadet.

In den zurückliegenden Jahren hat Hennigsdorf viel dafür getan, seinen Ruf, eine dreieckige Industriestadt zu sein, abzuschütteln. Mit Erfolg. Die Stadt hat nicht mit dem Problem der Bevölkerungsabwanderung zu kämpfen. Der lange im Schatten der Mauer vergessene Ortsteil Nieder Neuendorf wandelte sich zu einer attraktiven und begehrten Wohnlage. Mehr als 3000 Neubürger ließen sich bislang dort nieder. 2008 sollen es mindestens 5000 Einwohner sein. An Bauland oder Eigenheimen fehlt es nicht und mit dem neuen Ortsteilzentrum entsteht eine wichtige Voraussetzung für dieses ehrgeizige Ziel.

Es ist keine Schwarzmalerei zu behaupten, dass die MVA an dem geplanten Standort die Entwicklung Nieder Neuendorfs jäh stoppen wird – mit

allen wirtschaftlichen Konsequenzen. Die Bautätigkeit wird zum Erliegen kommen und die Investoren werden auf ihren Grundstücken sitzen bleiben. Wer kauft schon ein Haus oder mietet eine Wohnung mit einer Müllverbrennungsanlage vor der Tür?

Bei aller Kritik an der Standortentscheidung darf aber eines in der Diskussion nicht vergessen werden. Die Wahl fiel auch deshalb auf Hennigsdorf, um die Kosten für die thermische Müllverwertung und damit die Kosten für jeden Bürger so gering wie möglich zu halten. Denn die bei der Müllverbrennung anfallende Wärme kann durch die Industrie und die Hennigsdorfer genutzt werden. Bei einem Standort auf der grünen Wiese fehlen die Abnehmer für die Wärmeenergie und die thermische Verwertung würde teurer. Deshalb sollte bei der Standort-Debatte die Frage, wie viel jeder einzelne Bürger bereit ist, für seinen Müll künftig zu zahlen, nicht vergessen werden. Wollen wir für eine höhere Lebensqualität mehr Geld ausgeben – und weniger Müll produzieren?

Mit einem offenen Brief an den Landrat wird die HWB gemeinsam mit 14 weiteren Mitgliedsunternehmen des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) ihre Einwände gegen den geplanten Bau der MVA und Vorschläge für eine generelle Umorientierung der Müllpolitik im Landkreis zur Diskussion stellen. Sobald der Brief vorliegt, ist er im Internet auf der Homepage der HWB unter dem Link HWB-Journal als pdf-Datei abrufbar.

Öffnungszeiten:

Dienstag
09 bis 12 Uhr und
13 bis 18 Uhr
Donnerstag
13 bis 15.30 Uhr
und nach telefonischer Vereinbarung
Bereich Hausverwaltung:
☎ 86 85 - 20/-21 oder -22.
Bereich technische Hausverwaltung:
☎ 86 85 - 50/-12 oder -18
Kaufmännischer Bereich:
Betriebskosten: ☎ 86 85 - 36
Miete: ☎ 86 85 - 15
internet: www.hennigsdorferwbg.de
e-mail: hwb@hennigsdorferwbg.de





Finale nur knapp verpasst

Zum ersten Mal nahm die HWB mit einer Mannschaft am traditionellen Fußballturnier um den von der Stadtverwaltung gestifteten Hennigsdorfer Firmenpokal teil. Ohne Mannschaftstraining und personelle Verstärkung durch Vereinsspieler liefen die Freizeitkicker der HWB auf den Rasen auf und schlugen sich achtbar. Denkbar knapp und erst in einem dramatischen Elfmeterschießen verlor die bunt zusammen gewürfelte Truppe ihre Halbfinalpartie gegen den späteren Turniersieger, die Mannschaft der Fördergruppe des FC 98. Im Spiel um Platz drei machten sich dann leichte Konditionsprobleme bemerkbar. So konnte auch die Einwechslung des verletzungsbedingt pausierenden Geschäftsführers die 0:2 Niederlage gegen das Team der Wohnungsgenossenschaft Einheit nicht mehr abwenden. An dem Fußballturnier um den Hennigsdorfer Firmenpokal beteiligten sich in diesem Jahr insgesamt neun Mannschaften. Das Startgeld in Höhe von 150 Euro pro Team kommt zum größten Teil der Jugendarbeit des FC 98 zugute.



Die ersten Wohnungen sind bezogen

Nach knapp neun Monaten Bauzeit ist der Wohnblock Jägerstraße 2 - 8 fast nicht wieder zu erkennen. Zur Zeit bepflanzen Gärtner die Außenanlagen und Handwerker montieren an der Rückfront die Außentreppe und neuen Balkone. Nach der umfassenden Modernisierung – einschließlich Grundrissveränderungen – stehen jetzt insgesamt zwölf komfortable und modern ausgestattete Wohnungen in vier Aufgängen zur Verfügung.

Zu vermieten

Jägerstraße 2 - 8

Attraktive 5-Zimmer-Maisonette-Wohnungen in ruhiger und zentraler Lage ab sofort zu vermieten. Circa 105,40m² Wohnfläche, modernisierter Altbau, Laminat, Balkon, Mietergarten und 2 PKW-Stellplätze. Die Nettokaltmiete beträgt monatlich 647,16 Euro + 243,48 Euro Nebenkosten. Die Gesamtmiete beträgt 890,64 Euro. Für Fragen oder die Vereinbarung eines Besichtigungstermins steht Ihnen Frau Biefeld gern zur Verfügung, ☎ 03302 - 86 85 - 21

Kein Schmarren

Neuer Wirt für Gasthof in Stolpe Süd

Ein bisschen Österreich in Stolpe Süd – das verspricht Jörg Slotta als neuer Betreiber der ehemaligen „Waldschenke“. Am 20. Juli 2002 eröffnet er sein Restaurant „Waldstübchen“ – mit kleinen und großen Gerichten aus der Alpenrepublik auf der Karte. Täglich ab 12 Uhr bewirbt Slotta seine Gäste in einem neu gestalteten Gastraum – inklusive Kamin. Für größere Gesellschaften steht im „Waldstübchen“ ein Saal zur Verfügung und bei schönem Wetter lädt die ebenfalls neu gestaltete Terrasse zum Verweilen ein.

Facelifting in Nord

Sechs Wohnblöcke bekommen einen frischen Anstrich

Die Fassade lebt: Algen siedeln sich auf Gebädefassaden an und sorgen für unansehnliche Verfärbungen. Mit Hochdruckreiniger und spezieller Farbe geht die HWB gegen die unlieb-samen Untermieter vor.



Mit dem Hochdruckreiniger im Kampf gegen die Algen.

FOTO: TATJANA HERKNER

Knapp zehn Jahre nach ihrer Sanierung verschwinden in Hennigsdorf Nord die Wohnblöcke der HWB einer nach dem anderen hinter Baugerüsten, um nach kurzer Zeit mit gelifteter Fassade wieder hervorzutreten. In den letzten Jahren hatten sich an den Fassaden unansehnliche dunkle Flecken gebildet. Dabei handelt es sich aber nicht, wie man vermuten könnte, um Schmutzablagerungen aus der Luft, sondern um Algen. Luft- und Erdalgen aus der Gruppe der Grünalgen (Chlorophyta) siedelten sich auf der Fassadenoberfläche an. Die nur etwa zehn Mikrometer kleinen einzelligen Organismen vermehren sich durch Zellteilung, und unter günstigen Lebensbedingungen verdoppelt sich ihre Zahl alle vier Stunden. Da ist es nur eine Frage der Zeit, wann die mikroskopisch kleinen Algen sich zu großflächigen Kolonien entwickeln. Das Problem des Algenbewuchses ist eine direkte Folge der Anfang der 90er Jahre erfolgten Wärmedämmung. Die äußere Schicht einer Vollwärmefassade hat nur ein sehr geringes

Wärmespeichervermögen. Nach Sonnenuntergang sinkt hier die Temperatur innerhalb weniger Minuten um 20 Grad und mehr. Da die Fassadenoberfläche dann kälter als die Umgebungsluft ist, bildet sich Kondenswasser auf der Fassade – und damit eine ideale Voraussetzung für das Algenwachstum. Nicht gedämmter Beton kann dagegen sehr gut Wärme speichern – er kühl nur langsam aus. Weshalb sich auch kein Kondenswasser auf dessen Oberfläche sammelt und somit eine wichtige Voraussetzung für das Wachstum von Mikroorganismen fehlt. Da Algen ihre Nährstoffe selbst erzeugen beziehungsweise aus dem Wasser oder der Atmosphäre gewinnen, greifen sie die Bausubstanz nicht an. Im Gegensatz zu anderen Organismen

besitzen sie auch keine Wurzeln, die in den Untergrund eindringen können. Sekundär können jedoch auch Algen zu Schäden führen: Wenn sich Symbiosen zwischen Algen und Pilzen bilden. Das heißt, auf den Algen siedeln sich Pilze an und deren Mycel wächst durch den Untergrund oder den Anstrich. Durch das Pilzmycel kann Wasser in den Untergrund eindringen und Schäden verursachen. Obwohl Algenbewuchs primär ein rein ästhetisches Problem darstellt, hat die HWB sich entschlossen, die Fassaden von sechs Wohnblöcken zu reinigen und mit einem Wasser abweisenden und das Algenwachstum hemmenden Anstrich zu versehen. Für diese optische Aufwertung der Gebäude investiert die HWB insgesamt 460 000 Euro.

Neuer Service

Mieterbetreuer für Seniorenwohnhäuser

Im vergangenen Jahr interviewte die HWB 168 Seniorenhaushalte zu ihren Vorstellungen zum „Wohnen im Alter“. Auf die Frage nach zusätzlichen Serviceangeboten äußerten 15,5 Prozent der Befragten unter anderem den Wunsch nach einem Hausbetreuer. Als Reaktion auf die recht hohe Nachfrage hatte die HWB sich entschlossen, in ihren altersgerechten Wohnhäusern in Nord und an der Berliner Straße jeweils einen Hausbetreuer einzusetzen – vorbehaltlich einer Finanzierung durch das Arbeitsamt. Nach einer langen Antragsprozedur liegt seit Juni 2002 der Bewilligungsbescheid des Arbeitsamtes für zwei SAM-Stellen vor. So können die Hausbetreuer voraussichtlich zum 1. August 2002 ihre Arbeit aufnehmen. Sie stehen den Bewohnern der beiden Seniorenwohnhäuser Montags bis Freitags zwischen 10 und 18 Uhr für eine Vielzahl von Dienstleistungen und zur Hilfe im Alltag zur Verfügung. Zum Beispiel ist daran gedacht, dass sie Pakete für die Mieter zur Post bringen, Einkäufe erledigen, die Mieter bei Arztbesuchen und Behördengängen begleiten oder ihnen bei schwerer Hausarbeit helfen. Bei persönlichen Problemen oder Konflikten unter den Mietern können sich die Hausbewohner auch vertrauensvoll an ihren Hausbetreuer wenden.

Verkauft

Seit Jahren bemühen sich die Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft (TLG) und die Erbgemeinschaft Cohn, die knapp 750 in ihrem Besitz befindlichen Wohnungen des Cohnschen Viertels zu veräußern. Kürzlich wurde ein erster Kaufvertrag unterschrieben. Die Hoffmann Grundbesitz & Beteiligungen AG aus Berlin hat 318 Wohnungen von der Erbgemeinschaft erworben. Noch in diesem Jahr will neue Eigentümerin mit der Sanierung der Wohnungen in den Quartieren A und B (Karree zwischen Nauener Straße, An der Wildbahn, Falken- und Fontanestraße) und dem Quartier C (Forststraße 54 - 68, Bergstraße 1 - 5 und Hirschstraße 1 - 5) beginnen. Bis Jahresende 2002 wird die HWB die Wohnungen weiter verwalten. Die Verhandlungen zur Mandatsverlängerung laufen noch.

Impressum

Das HWB-Journal ist die Mieterzeitung der Hennigsdorfer Wohnungsbaugesellschaft mbH HWB
Edisonstraße 1
16761 Hennigsdorf
☎ 03302/86 85 - 0
☎ 03302/86 85 - 25
mail: hwb@hennigsdorferwbg.de
Auflage: 5000 Exemplare
Herausgeber: HWB
Redaktion: Jörn Pestlin
Gestaltung, Layout, Satz und Repro: Tatjana Herkner, Siegfried Riemer
Belichtung und Druck: Osthavelland Druck GmbH
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der HWB.

Es geht voran

Nachdem Bürgermeister Andreas Schulz und HWB-Geschäftsführer Holger Schaffranke am 10. April 2002 mit einem Spatenstich den symbolischen Startschuss für den „Markt am Anger“ gaben, hat sich an der Dorfstraße viel getan. Die Scheune und das Wohnhaus Dorfstraße 48 sind abgetragen, das Baufeld beräumt und die Sanierungsarbeiten an dem Wohn- und Geschäftshaus Dorfstraße 48 laufen. Die Baugenehmigung für das Marktgebäude ist bereits erteilt. Zur Zeit verhandelt die HWB noch mit den beauftragten Baufirmen – „spätestens ab Frühjahr laufen auch die Neubauarbeiten“, ist der HWB-Geschäftsführer zuversichtlich.



FOTOS: TATJANA HERKNER

Markt am Anger in Nieder Neuendorf

HANDELN SIE IM ZENTRUM



Im historischen Dorfkern von Nieder Neuendorf entwickelt die HWB das Ortsteilzentrum „Markt am Anger“ für die Nahversorgung von über 3200 Einwohnern. Bis Herbst 2003 entstehen hier neben einem Supermarkt attraktive Gewerbeflächen in umfassend modernisierten Bestandsgebäuden und Neubauten.

Nutzen Sie ihre Chance und entscheiden sich schon heute für einen Standort in einem konkurrenzlosen Handels- und Dienstleistungszentrum in einem attraktiven und aufstrebenden Wohnort zwischen Wald und Wasser.

Wir bieten Ihnen passende Flächen zum Beispiel für:
Friseursalon, Reisebüro, Apotheke, Versicherungsagentur, Fischladen, Bioladen, Gemüseladen, Telefonshop

| | |
|--------------------------------|---|
| Bahnhofstraße 1: | |
| Supermarkt | vermietet (Netto, Fleischer und Bäcker) |
| Handel, ca. 97m ² | reserviert (Blumenladen) |
| Handel, ca. 66m ² | frei |
| Dorfstraße 46: | |
| Handel, ca. 167m ² | vermietet (Drogeriemarkt) |
| Büro, ca. 221m ² | frei |
| Dorfstraße 48: | |
| Gewerbe, ca. 138m ² | frei |
| Gewerbe, ca. 56m ² | frei |
| Dorfstraße 50: | |
| Gewerbe, ca. 92m ² | frei |



Informieren Sie sich jetzt über die noch freien Mietflächen im „Markt am Anger“.
Wir bieten Ihnen flexible Gestaltungsmöglichkeiten und berücksichtigen Ihre Wünsche bei Grundrissgestaltung und Grundausstattung.

HWB Hennigsdorfer Wohnungsbaugesellschaft mbH, Edisonstraße 1, 16761 Hennigsdorf,
Herr Ramb, ☎ 03302 - 86 85 - 42 oder Frau Bielfeld, ☎ 03302 - 86 85 - 21

Ein gutes Argument

„Markt am Anger“ steigert die Attraktivität des Standorts Nieder Neuendorf

„Wir begrüßen den Bau des Einkaufszentrums“, bekräftigt Hans Josef Schaub ohne zu zögern. Der Geschäftsführer der Berliner Unternehmensgruppe Krebs sieht im „Markt am Anger“ ein weiteres gutes Argument für den Standort Nieder Neuendorf – und für den Vertrieb der von der Unternehmensgruppe angebotenen Einfamilienhäuser.

Auf einem rund 70 000 Quadratmeter großen Grundstück am Südrand von Nieder Neuendorf – direkt am Spandauer Forst – errichtet die Unternehmensgruppe Krebs seit gut vier Jahren ihre preisgekrönte Siedlung „Bei den Waldfrüchtchen“. Das ökologische Freiflächenkonzept mit seinen zahlreichen Spielplätzen hat dem Ensemble den „Deutschen Spielraum-Preis 2000“ des Kinderhilfswerks eingetragen. Von den insgesamt 177 geplanten Reihen-, Ketten- und Doppelhäusern hat das Unternehmen bisher 108 gebaut und 80 verkauft.

„Sicherlich hat sich bisher kein potenzieller Kunde ausschließlich wegen der bislang fehlenden Einkaufsmöglichkeiten gegen den Kauf eines Hauses in unserer Siedlung entschieden“, erklärt Schaub. Nachfragen bei abgesprungenen Interessenten hätten ergeben, dass letztlich immer eine ganze Reihe von Faktoren zu einem

abschlägigen Bescheid führten. „Aber insbesondere für ältere Kunden sind kurze Wege von großem Interesse“, sagt Schaub. Deshalb habe sein Unternehmen gegenüber der Hennigsdorfer Gesellschaft für Stadtentwicklung immer die Notwendigkeit eines Nahversorgungszentrums betont. „Vor längerer Zeit gab es sogar die Anfrage, ob wir nicht das Projekt realisieren wollen“, erzählt der Krebs-Geschäftsführer. „Wir sahen aber – wie alle anderen potenziellen Investoren auch – das große Problem, einen Betreiber für den Supermarkt zu gewinnen.“ Dieses Problem ist heute gelöst. Wesentlich mehr Kopfschmerzen als das bislang fehlende Einkaufszentrum bereiten der Unternehmensgruppe Krebs aber die Pläne für die Müllverbrennungsanlage in Hennigsdorf. „Das würde unserer Vertrieb erheblich erschweren“, sagt Schaub. Unabhängig von allen objektiven Tatsachen sei eine Müllverbrennungsanlage in der öffentlichen Meinung negativ besetzt. Mit Sicherheit werde sich deshalb so mancher Interessent gegen den Standort Nieder Neuendorf entscheiden. Schaub ist aber recht zuversichtlich, dass der Landkreis aufgrund der breiten Ablehnung durch die Hennigsdorfer Bürger und Politik seine Entscheidung revidieren wird.

Einzug ins Torhaus

Eine Chronologie der letzten Wochen

In den zurückliegenden Wochen ging es rund um die Torhäuser meist recht hektisch zu. Jetzt ist wieder etwas Ruhe eingeleitet. Mit dem Einzug der Mieter und der Fertigstellung der Außenanlagen ist die HWB ein gutes Stück auf ihrem Weg zur Revitalisierung des Cohnschen Viertels voran gekommen.



FOTO: JÖRN PESTIUM

29. Mai 2002, 11.30 Uhr. In den Torhäusern geben sich die letzten Handwerker und die ersten Mieter die Klinke in die Hand. Frau Mann von der HWB hat den Bewohnern gerade die Schlüssel für ihre neuen Wohnungen ausgehändigt. Jetzt werden die ersten Möbel und Kartons geschleppt. Andere Mieter transportieren erst einmal per Fahrrad die zerbrechlichen Dinge in ihr neues Heim; die schweren folgen am Wochenende per Lkw.

Bei Familie Schleger stehen schon die ersten Möbel im Wohnzimmer: zwei Campingstühle ersetzen die Couchgarnitur bis zum Umzug – dem insgesamt dritten binnen Jahresfrist.

Die 36 Jahre davor hat das Rentner Ehepaar in der Fasanenstraße gewohnt. „Als wir das erste Mal von den altersgerechten Wohnungen in den Torhäusern gelesen haben“, erzählt Herr Schleger, „haben wir uns gleich bei der HWB vormerken lassen – man wird ja schließlich nicht jünger.“ Die Liste der Bewerber war aber lang.

Im April 2001 erreichten die Bautrupps dann auch die Fasanenstraße. Die Schlegers haben zum ersten Mal ihre Sachen gepackt und sind für die Sanierungszeit in eine Umsetzwohnung gezogen. „Wir hatten uns gerade wieder in der Fasanenstraße eingerichtet und neue Möbel bestellt“, erzählt Herr Schleger, „da rief uns die HWB an und fragte, ob wir noch immer Interesse an einer Torhaus-Wohnung hätten.“

Ein knappes Jahr später geht Herr Schleger mit einem Zollstock in der Hand etwas ratlos durch die neue Wohnung: Er weiß noch nicht so recht, wie er die Möbel am besten stellen soll, obwohl die neue Wohnung sogar ein paar Quadratmeter größer als die alte ist. „Das findet sich aber schon“, ist Frau Schleger optimistisch, „Wir ziehen ja erst in knapp drei Wochen um.“

3. Juli 2002, 10.30 Uhr. In den zurückliegenden fünf Wochen hat sich in und um die Torhäuser noch einmal viel verändert. Gardinen vor den Fens-

tern und Balkonkästen mit üppigen Blumen sind sichtbarer Beleg, dass die meisten Mieter sich längst häuslich eingerichtet haben.

Auf der kleinen Brücke, die den schmalen Wasserlauf im Hof der Nauener Straße jetzt schwungvoll überspannt, bauen die „Hot Syncopators“ ihre Instrumente auf. Eine knappe Stunde ist noch Zeit, bis die vier Musi-

ker die Gäste des Mieterfestes mit Swing aus den 20er und 30er Jahren unterhalten werden. Bis dahin wartet auf den HWB-Geschäftsführer Holger Schaffranke aber noch etwas Arbeit – allerdings nicht die unangenehmste. Pünktlich um 11.00 Uhr beginnt die Grundsteinlegung für das neue Seniorenwohnhaus an der Bergstraße. „Dieses Gebäude trägt der demografischen Entwicklung Rechnung“, sagt

der Hennigsdorfer Bürgermeister Andreas Schulz in seiner Ansprache vor zahlreichen Gästen. Unter Ihnen auch einige der künftigen Bewohner. Ihnen versprach der HWB-Geschäftsführer, dass sie sich bei Baubegleungen vom guten Fortgang der Arbeiten überzeugen könnten. Heute wolle er aber erst einmal die Gelegenheit nutzen um mit allen Gästen auf das Erreichte mit einem Glas Prosecco anzustoßen.

Unter den Festgästen ist auch Familie Schleger. Der Umzug liegt jetzt knapp drei Wochen hinter ihnen, erzählt Frau Schleger. „Ein paar Kartons stehen aber noch immer unausgepackt in der Garage“. Obwohl ihr Hausrat bei der ganzen Umzieherei im letzten Jahr schon erheblich abgenommen habe. „Ganz fertig sind wir in der Wohnung auch noch nicht“, sagt Herr Schleger. „Wir müssen jetzt erst einmal warten, bis unser Waschmaschinenanschluss in Ordnung ist.“

Die Installateure hatten den Zulauf für die Waschmaschine versehentlich an die Heißwasserleitung statt an die für das kalte Wasser angeschlossen. Aufgefallen ist das erst den Schlegers, als ihre Stores den unfreiwilligen Kochwaschgang nicht überstanden. Von solchen Malheurs lässt sich Frau Schleger aber weniger als ihr Mann verdrießen und stößt noch einmal mit ihrer Tischnachbarin an.



FOTOS: TATJANA HERKNER

Treffpunkt Tor

Der Pflegedienst Medi-Mobil organisiert in den Torhäusern Veranstaltungen für Senioren

Der Umzug in die Torhäuser war für Medi-Mobil eine gute Entscheidung, daran lassen Marianne Roch, die Geschäftsführerin der gemeinnützigen Kranken- und Altenpflege GmbH, und ihre Pflegedienstleiterin Barbara Dämmrich keinen Zweifel. „Die Arbeitsbedingungen in unserem alten Domizil waren nicht sehr schön“, sagt die Pflegedienstleiterin. „Hier haben unsere Mitarbeiterinnen endlich ihren eigenen Bereich und der Gemeinschaftsraum im Dachgeschoss eröffnet uns neue Möglichkeiten.“

Als gemeinnützig ausgerichtetes Unternehmen bietet Medi-Mobil neben der ambulanten Alten- und Krankenpflege seit Jahren auch ein umfangreiches Freizeit- und Beratungsprogramm für Senioren an. Dafür sei der Gemeinschaftsraum wie geschaffen, sagt Marianne Roch.

Jeden zweiten Dienstag wird Medi-Mobil eine Veranstaltung hier anbieten: gesellige Kaffeerunden, Lesungen oder Sprechstunden mit Experten zu

Fragen der Ernährung im Alter oder zur Medikamenteneinnahme. „Wir sind aber auch für Anregungen oder Wünsche der Hausbewohner offen und dankbar“, erklärt Frau Roch.

Sollte der Bedarf bestehen, will Medi-Mobil in dem Gemeinschaftsraum einen Mittagstisch für Senioren aus dem Cohnschen Viertel einrichten. „Selber kochen können wir hier natürlich nicht“, erklärt Barbara Dämmrich, „aber die Versorgung mit altersgerechter Kost organisieren“. In Oranienburg bietet Medi-Mobil so einen Mittagstisch bereits an. Vor allem allein stehende ältere Menschen, die nicht mehr für sich allein kochen mögen, kommen sehr gern, erzählt Marianne Roch.

Gegen eine kleine Gebühr können die Bewohner der Torhäuser den Gemeinschaftsraum unterm Dach auch für private Feste nutzen. 25 Plätze stehen zur Verfügung, einschließlich Geschirr: alles in blau-gelb gehalten – den Farben von Medi-Mobil.



Erst die Arbeit ...

Nach getaner Grundsteinlegung für das neue Seniorenwohnhaus Bergstraße nutzte HWB-Geschäftsführer Holger Schaffranke die Gelegenheit, gemeinsam mit den kürzlich eingezogenen Bewohnern der Torhäuser auf ihr neues Domizil anzustoßen. Am 3. Juli 2002 hatte die HWB ihre neuen Mieter zu einem kleinen Fest auf den gerade fertiggestellten Hof eingeladen. Auch wenn zur vormittäglichen Stunde sich niemand unter den Gästen ein Herz fasste, um zu den Klängen des Swing Guitar Orchestra „Hot Syncopators“ aus Berlin sein Tanzbein schwingen zu lassen, herrschte gute Stimmung auf dem Hof. Und so manch einer konnte schon wieder über den Streß lachen, den das Kisten Ein- und Auspacken so mit sich bringt.

Wohnungsvermietung

Solarhaus Nauener Straße 7

Moderne 4-Zimmer-Maisonette-Wohnung in zentraler und ruhiger Lage ab sofort zu vermieten. Erdgeschoss + 1. Obergeschoss, 99m² Wohnfläche, Mietergarten und Terrasse. Die Nettokaltmiete beträgt monatlich 658,03 Euro + 234,18 Euro Nebenkosten. Die Gesamtmiete beläuft sich auf 892,21 Euro. Ein PKW-Stellplatz kann für 20,46 Euro pro Monat angemietet werden. Für Fragen oder die Vereinbarung eines Besichtigungstermins steht Ihnen Frau Mann gern zur Verfügung, ☎ 03302 - 86 85 - 20

Nachgefragt

Auf dem Prüfstand

Im Auftrag der HWB und deren Partner befragte das Berliner Institut für Sozialforschung (BIS) die Mieter des Solarhauses über ihre ersten Erfahrungen mit dem multimedialen Wohnen. Das HWB-Journal sprach mit der BIS-Geschäftsführerin, Dr. Sibylle Meyer, über Ziele und Ergebnisse der Befragung.

Frau Dr. Meyer, Sie haben im Solarhaus Tests zur Nutzerfreundlichkeit der Technikbox durchgeführt. Was hat es damit auf sich?

Konkret ging es darum zu sehen, wie die Mieter mit den neuen technischen Möglichkeiten zurecht kommen und ob und in welchem Umfang sie die Technik in ihre Haushaltsführung integrieren. Uns interessiert, welche Funktionen die Mieter wie nutzen oder warum sie bestimmte Angebote nicht nutzen. Mit den Befragungsergebnissen geben wir der Wohnungswirtschaft einen Katalog zur Optimierung der Wohnungsangebote an die Hand und die Industrie kann auf Basis der Informationen marktgerechte Produkte entwickeln.

Es gibt eine Reihe von Projekten, die sich mit dem Thema „smart home“ beschäftigen. Was unterscheidet das Solarhaus von Forschungsvorhaben wie „Futurelife“ in der Schweiz oder dem „inHaus“ in Duisburg?

Die Bewohner dieser Musterhäuser leben eine begrenzte Zeit unter Laborbedingungen: Das Wohnen ist dann quasi ihre Arbeit. Im Solarhaus ist zwar weit weniger Technik installiert, dafür kann man hier über einen langen Zeitraum beobachten, wie die Mieter tagtäglich mit der Technik zurecht kommen und welche Angebote einen echten Zugewinn an Lebensqualität für die Mieter bedeuten. **Welche konkreten Ergebnisse haben Ihre Befragungen im Solarhaus gebracht?**

Ein Ergebnis, das wir aus früheren Umfragen schon kennen, hat sich bestätigt: Die meisten Menschen können mit dem Begriff „vernetztes Haus“ erst dann etwas konkretes verbinden, wenn sie Gelegenheit haben, es zu erproben. Diese Phänomene haben wir vor einigen Jahren auch beim Internet beobachten – das hat sich aber bekanntlich geändert. Deshalb bin ich sicher, dass multimediale Netze in den Wohnungen bald genau so selbstverständlich sind wie Telefonanschluss oder Zentralheizung.

Insgesamt zeigen sich die Mieter des Solarhauses recht aufgeschlossen gegenüber der neuen Technik. Sie nutzen die Technikbox relativ häufig. Jüngere Menschen und Leute, die auch im Beruf mit Computertechnik zu tun haben, öfter als die älteren Bewohner. Unabhängig von der Nutzungshäufigkeit beurteilen die Mieter den Bedienkomfort und das Design der Box als sehr positiv. Zusätzlich haben sie eine Reihe von Vorschlägen zur Optimierung und Funktionserweiterung der Box geäußert.

PS: Das BIS bittet alle Mieter des Cohnschen Viertels um Rücksendung der Fragebögen.

Theorie und Praxis

Systemlösungen für das multimediale Wohnen aus dem Versuchslabor der FHTW

Multimediales Wohnen – unter diesem Stichwort beschreibt die HWB im Cohnschen Viertel für die Wohnungswirtschaft weitgehend unerschlossenes Terrain. Hier kommen technische Lösungen zum Einsatz, die im Geschoss- und Mietwohnungsbau bislang ohne Beispiel und daher auch nicht im Baumarkt zu haben sind.

Dass die angewandten neuartigen Systemlösungen in der Praxis auch wirklich funktionieren, daran haben Prof. Dr. Rainer Friedel und seine Studenten von der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin (FHTW) wesentlichen Anteil. Im Rahmen des Forschungsthemas „Multimediales Wohnen“ entwickelten sie wichtige theoretische und praktische Grundlagen für die Umsetzung und Weiterentwicklung des multimedialen Wohnkonzeptes der HWB.

„Die im Cohnschen Viertel eingesetzten technischen Geräte“, erklärt Prof. Friedel, „sind bis auf einige Ausnahmen marktübliche Produkte.“ Die Herausforderung für die FHTW be-



Auf der Suche nach der besten Lösung: Prof. Friedel im Versuchslabor der FHTW

FOTO: JÖRN PESTLUN

stand darin, diese vorhandenen Produkte – zum Teil unterschiedlicher Hersteller – zu einem den speziellen Vorstellungen und Ansprüchen der HWB angepassten System zu verbinden. „Deshalb verstehen wir uns auch nicht als Produktentwickler“, sagt Friedel, „sondern in erster Linie als Systemintegrator“.

So hat Prof. Friedel im Versuchslabor des von ihm betreuten Studiengangs Technisches Gebäudemanagement gemeinsam mit Studenten und der Firma Siemens die EIB-Anlage für das Solarhaus Nauener Straße 7 aus den einzelnen Komponenten aufgebaut, deren Zusammenspiel getestet und das gesamte Konzept der Anlage opti-

miert. Einer seiner Studenten hat im Rahmen einer Diplomarbeit die EIB-Anlage programmiert.

Für zwei Wohnblöcke im Cohnschen Viertel hat Prof. Friedel gemeinsam mit den für die Sanierung verantwortlichen Elektroplanern vom Ingenieurbüro Ziesche eine, wie er sagt, „abgespeckte Variante“ der Torhaus-Lösung entwickelt. Diese insgesamt preiswertere Version bietet mit dem Verkabelungssystem Home Way oder der Möglichkeit zur Videoüberwachung des Spielplatzes im Hof auch zusätzliche Funktionen. Die dafür notwendigen Kabel und Leerdosen wurden bereits während der Sanierung der Häuser verlegt, so dass jeder Zeit eine problemlose Nachrüstung der Wohnungen möglich ist.

Der für die Entwicklung der HWB-Lösung im FHTW-Labor eigens aufgebaute Arbeitsplatz bleibt auch nach Abschluss des Projektes erhalten, sagt Prof. Friedel, „wir werden ihn zukünftig auch für die Ausbildung unserer Studenten nutzen.“

Was kostet uns der Müll

Ob mit Müllverbrennungsanlage in Hennigsdorf oder nicht – die Abfallentsorgung wird ab 1. Juni 2005 teurer

Spätestens die jährliche Betriebskostenabrechnung führt es deutlich vor Augen: Müll kostet viel Geld – obwohl wir uns bislang auf eine preiswerte Art unseres Mülls entledigen. Über die Zwischenstation „graue Tonne“ landet der Hausmüll – die Abfallwirtschaft nennt ihn Restabfall – so wie er ist, auf der Deponie. Die eigentliche Entsorgung überlassen wir damit künftigen Generationen. Darüber hinaus birgt die bisher praktizierte Mülldeponierung eine Reihe von Umwelt Risiken: So emittieren Deponien klimaschädliche Gase und produzieren mit organischen Verbindungen belastetes Sickerwasser.

Daher ist ab 1. Juni 2005 eine Behandlung des Restabfalls gesetzlich vorgeschrieben. Die Technische Anleitung Siedlungsabfall – eine Verwaltungsvorschrift des Bundes – gestattet es nur, vorbehandelten Hausmüll unter Einhaltung hoher Sicherheitsstandards zu deponieren. Die bislang genutzten Deponien des Landkreises in Germendorf und Mildenberg entsprechen dann nicht mehr den geforderten Auflagen und müssen zum 31. Mai 2005 schließen.

Die insgesamt umweltverträglichere Form der Abfallentsorgung ab 2005 ist aber genauso wenig wie Lebensmittel mit dem Bio-Siegel zum Nulltarif zu haben. Unabhängig vom gewählten Verfahren, ob Müllverbrennung oder mechanisch-biologische Abfallbehandlung, die Vorbehandlung des Restmülls ist gegenüber der bloßen Deponierung von Abfällen auf jeden Fall mit höheren Kosten für den Gebührenzahler verbunden. So soll die thermische Verwertung des Abfalls in der geplanten und umstrittenen Müllverbrennungsanlage (MVA) Hennigsdorf durchschnittlich 82 Euro pro Tonne kosten. Auf Basis dieses Wertes und der aktuellen Abfallstatistik hat das für die Abfallentsorgung im Landkreis zuständige Amt für Abfallwirtschaft ermittelt,

dass beispielsweise der Preis für eine 120-Liter-Tonne von gegenwärtig 3,13 auf 4,57 Euro steigen wird. Das heißt, wäre die Müllverbrennungsanlage bereits heute in Betrieb, müsste der Gebührenzahler eine um 31,5 Prozent höhere Mengengebühr zahlen. Die monatliche Grundgebühr bleibt in der Modellrechnung dagegen unverändert. Die durchschnittliche Abfallgebühren-Belastung eines Drei-Personen-Haushalts würde sich damit auf der Basis der diesjährigen Zahlen (Grundgebühr und Mengengebühr für zwölf Entleerungen einer 120-Liter-Tonne) von 89,31 auf 106,59 Euro um 19,35 Prozent erhöhen.

In der Ausschreibung für die Dienstleistung der Restabfallentsorgung hat der Landkreis sich verpflichtet, jährlich mindestens 30 000 und maximal 70 000 Tonnen Abfall anzuliefern. Damit kann der Landkreis bei gleichbleibender Mengengebühr flexibel auf schwankende Abfallmengen reagieren. Das bedeutet aber auch, wenn das jährliche Abfallaufkommen innerhalb der 15-jährigen Vertragslaufzeit mit dem MVA-Betreiber unter die 30 000-Tonnen-Marke fällt – zum Beispiel durch konsequente Müllvermeidung – gewinnt der Gebührenzahler nichts.

Die Entsorgungskosten pro Tonne Müll würden steigen.

Dieses Szenario schließt das Amt für Abfallwirtschaft in seiner Prognose allerdings aus. Denn das Einsparpotenzial durch Mülltrennung sei im Kreis Oberhavel bereits zu weiten Teilen ausgeschöpft. Zusammen mit dem prognostizierten Bevölkerungswachstum sei mit auf dem gegenwärtigen Niveau (2001: 37 240 Tonnen Hausmüll) stagnierenden beziehungsweise leicht wachsenden Abfallmengen aus Privathaushalten zu rechnen.

Pilotprojekte in Großwohnanlagen mit so genannten Müllschleusen zeigen aber, dass es noch erhebliche Einsparpotenziale gibt. Bislang werden die Müllgebühren in Großsiedlungen in der Regel nach dem pauschalen Umlagefaktor Wohnfläche berechnet. Das ist weder gerecht noch honoriert diese Müllvermeidung. Müllschleusen messen die eingeworfene Müllmenge jeder Mietpartei und ermöglichen eine verbrauchsbezogene Abrechnung. So macht sich Müllvermeidung durch konsequente Mülltrennung bezahlt und der Müllberg schrumpft. Durch den finanziellen Anreiz lässt sich das Restmüllaufkommen um 30 bis 40 Prozent senken.

Hintergrund

Technische Anleitung Siedlungsabfall

Die Ablagerung von Siedlungsabfällen, im Wesentlichen sind das Hausmüll, Sperrmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, wird seit 1993 durch die so genannte Technische Anleitung Siedlungsabfälle, kurz TASI, geregelt. Ziele dieser gesetzlichen Vorgabe sind die Reduktion des notwendigen Deponieraums und eine Inertisierung der Abfälle. Darunter ist die Vermeidung unerwünschter und unkontrollierbarer Prozesse und Reaktionen im Inneren der Deponie zu verstehen. Laut TASI ist der Restmüll vor einer Deponie-

rung vorzubehandeln (Mineralisierung). Für die abzulagernden Abfälle sind chemisch-physikalische Kriterien festgelegt. Außerdem sind Grenzwerte für die Festigkeit des Abfalls, für den Anteil nicht umgesetzter organischer Bestandteile sowie für den Anteil an auslaugbaren Stoffen – im wesentlichen Schwermetalle – benannt. Bis zum 1. Juni 2005 sind diese Anforderungen an die Deponierung zu erfüllen. Ab dem Stichtag dürfen unbehandelte Abfälle und andere Siedlungsabfälle nicht mehr auf Deponien entsorgt werden.

Hinweis an alle Garageneigentümer

Wie schon erwähnt, schließt die HWB seit geraumer Zeit keine neuen Nutzungsverträge für Garagengrundstücke mehr ab. Daher können die Garageneigentümer im Falle einer Veräußerungsabsicht ihre Objekte nur der HWB zum Kauf anbieten. Von dieser Regelung unberührt sind lediglich Eigentumsübertragungen im Zusammenhang mit Erbschaften. Eine Unterverpachtung beziehungsweise sonstige Gebrauchsüberlassung an Dritte bedarf prinzipiell der Zustimmung des Verpächters – also der HWB. Dafür benötigt die Wohnungsbaugesellschaft in jedem Fall die persönlichen Daten des Dritten.

Für weiteren Informationen steht Ihnen die HWB-Mitarbeiterin Frau Schlegel, ☎ 03302 - 86 85 - 22 oder während der Sprechzeiten gern zur Verfügung.



FOTO: TATJANA HERKNER

Vorgestellt

Zahlen zählen

Einmal im Jahr bekommt jeder HWB-Mieter Post von Birgit Sauer – die Betriebskostenabrechnung



„Zahlen liegen mir am meisten.“ Birgit Sauer überlegt nicht lange, um diesen Satz zu formulieren. Über einige Umwege hat sie ihr Metier gefunden. Aus familiären Gründen verschlug es sie aus dem mecklenburgischen Teterow nach Hennigsdorf. Arbeit gab es für eine gelernte Bibliothekarin in der Havelstadt nicht; aber die Gebäudewirtschaft suchte eine Mitarbeiterin. Das ist jetzt 22 Jahre her, aus der Gebäudewirtschaft wurde die HWB und Birgit Sauer ist heute die dienstälteste Mitarbeiterin der Wohnungsbaugesellschaft.

Seit dem 1. Oktober 1991 ist Frau Sauer für die Betriebskostenabrechnung zuständig. Vorher waren die Kosten für Müllabfuhr und Heizung fester Bestandteil der Miete und wurden nicht gesondert abgerechnet. 1991 hieß es dann nur „trauen Sie sich das zu“, erzählt Frau Sauer rückblickend, „ich wurde da gewissermaßen reingeschubst“. Aber dank ihrer Vorliebe für Zahlen und nach einigen Seminaren hatte Frau Sauer die für viele Mieter unergründliche Welt der Betriebskostenabrechnung schnell durchschaut. Nach einer Ausbildung zur Kauffrau und zur Immobilienfachwirtin ist sie heute als stellvertretende Bereichsleiterin Betriebswirtschaft für den gesamten Bereich der Betriebskostenabrechnung verantwortlich. Sie sorgt dafür, dass jeder HWB-Mieter einmal im Jahr eine korrekte Abrechnung in seinem Briefkasten hat.

Alle Rechnungen – ob vom Amt für Abfallwirtschaft oder den Gartenbaufirmen – landen auf dem Schreibtisch von Frau Sauer. Dann gilt es alle Kosten genau den Mietern zuzuordnen, die sie verursacht haben. Seit 1998 entlasten bessere Computerprogramme Frau Sauer von vielen Routineaufgaben. „So bleibt mehr Zeit, um Angebote zu vergleichen und günstigere Konditionen mit Dienstleistern und Versorgern auszuhandeln“, erklärt Birgit Sauer. „Niedrige Betriebskosten sind schließlich im Interesse aller.“ So ist die HWB kürzlich dem Stromverbund der Stadt Hennigsdorf – einem Zusammenschluss verschiedener Unternehmen und Verwaltungen – beigetreten und bezieht den Strom jetzt zu einem günstigeren Preis. Davon profitieren wiederum die Mieter. Aber längst nicht alle Positionen der Betriebskostenabrechnung lassen sich beeinflussen. So sind die Kosten für Straßenreinigung oder Müllabfuhr per Satzung geregelt – und damit gibt es auch für Frau Sauer keinen Verhandlungsspielraum.

Effiziente Verwaltung Auch Wohnungseigentümer profitieren von Erfahrung und Kompetenz der HWB

Zur Zeit verwaltet die HWB neben ihrem eigenen Bestand zirka 880 Wohneinheiten anderer Eigentümer; rund 320 davon fallen in den Bereich der Wohnungseigentumsverwaltung. Insgesamt betreut die HWB momentan 16 WEG-Gemeinschaften mit fünf bis 80 Wohneinheiten. Mittlerweile kann die HWB auf eine über zehnjährige Erfahrung in der Verwaltung von Wohnungseigentum verweisen. Im Zuge der Strukturreform ist die Fremdverwaltung als eigenständiger Bereich etabliert und mit drei erfahrenen Mitarbeitern personalit gut ausgestattet. Zusätzlich profitieren die WEG-Gemeinschaften von der ausgewiesenen Kompetenz des Unternehmens im Bereich der Bestands- und Projektentwicklung. Aufgrund ihres Auftragsvolumens erzielt die HWB oftmals günstigere Konditionen bei Handwerkern und anderen Dienstleistern; diese Preisvorteile

kommen letztlich auch den Wohnungseigentümern zu Gute. Die professionelle und effiziente Arbeit der HWB hat sich herumgesprochen: In den vergangenen Jahren legten zahlreiche neue WEG-Gemeinschaften – zum Beispiel aus der Havelpassage – ihre Verwaltung in die Hände der Wohnungsbaugesellschaft. Oftmals war dies mit der Lösung strittiger Sachfragen aus der Zeit der vorherigen Verwaltung verbunden. In diesem Jahr konnte die HWB weitere Kunden für die Wohnungseigentumsverwaltung akquirieren. Zum 1. Januar 2003 übernimmt sie die Verwaltung zweier weiterer WEG-Gemeinschaften mit rund 160 Wohnungen aus dem Rathenauviertel.

Für sämtliche Fragen rund um die Wohnungseigentümer-Versammlung oder für Anfragen neuer Interessenten steht Ihnen Frau Flohr gern zur Verfügung.

☎ 03302 - 86 85 - 24

Mobilfunk-Sender: kein Hinweis auf Gesundheitsrisiken

Wissenschaftler sehen eher im Handy eine mögliche Gefahr, denn sie strahlen stärker als Mobilfunk-Stationen

Mobilfunk-Stationen stehen unter Verdacht, krank zu machen. Nach Meinung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) und des Verbandes der Elektrotechnik (VDE) gibt es aber keine Belege für Gesundheitsrisiken.

Noch vor einigen Jahren trug ein Mobiltelefonier schwer an seinem für Normalverbraucher unerschwinglichen Gerät. Binnen weniger Jahre ist das Statussymbol in Größe und Preis enorm geschrumpft und hat sich zu einem egalitären und allgegenwärtigen Kommunikationsmittel entwickelt: In Deutschland gibt es heute über 60 Millionen Handys.

Mit der massenhaften Nutzung von Mobiltelefonen und dem flächendeckenden Ausbau der Mobilfunknetze mit tausenden Sendemasten sowie der bevorstehenden Installation von rund 40 000 neuen Sendeanlagen für die UMTS-Netze wächst die Skepsis gegenüber der Mobilfunktechnologie – vor allem die Sendemasten geraten in die Kritik. Eine im Auftrag des BfS kürzlich durchgeführte repräsentative Umfrage hat ergeben, dass 35 Prozent der Bundesbürger sich über die elektromagnetischen Felder im Zusammenhang mit dem Mobilfunk besorgt zeigen. So ist es verständlich, dass sich auch einige verunsicherte HWB-Mieter fragen, ob von den Mobilfunk-Sendern auf ihren Häusern möglicherweise Gesundheitsrisiken ausgehen. Eine abschließende Antwort auf diese viele Menschen bewegende Frage kann die Wissenschaft bis heute nicht liefern. Nach Auffassung des BfS-Präsidenten Wolfram König gibt es derzeit aber keine Beweise, dass der Mobilfunk Gesundheitsgefahren in



Alle Antennenbetreiber müssen sich gegenüber der HWB vertraglich verpflichten, sämtliche Grenzwerte der Bundeimmissionschutzverordnung einzuhalten. Sensibilisiert durch die aktuelle Diskussion hat die HWB eine zusätzliche Kündigungsklausel in die Vertragsformulare aufgenommen. Für den Fall, dass doch eine Gesundheitsbeeinträchtigung durch die elektromagnetischen Felder der Mobilfunkantennen wissenschaftlich nachgewiesen wird, hat die HWB das Recht, den Vertrag ihrerseits zu kündigen. Unabhängig von der bau- und planungsrechtlichen Situation stimmt die HWB alle Antennenstandorte mit der Stadtverwaltung ab. Ziel ist es, trotz der großen Nachfrage durch die Netzbetreiber, möglichst keine neuen Standorte zuzulassen.

sich berge. Die gültigen Grenzwerte für die Intensität der elektromagnetischen Strahlung seien ausreichend, um bekannte und nachgewiesene Gefahren zu vermeiden. König weist aber auch darauf hin, dass es immer noch viel Unsicherheit in der wissenschaftlichen Bewertung gibt, wenn es um mögliche gesundheitliche Gefahren von hoch frequenter elektromagnetischer Strahlung geht.

Eine im März diesen Jahres vom Verband der Elektrotechnik (VDE) vorgelegte Studie kommt ebenfalls zu dem Schluss, dass es keine Beweise für Gesundheitsschäden durch die Strahlung von Handys und Mobilfunkmasten gibt. Auch fänden sich keine Hinweise, dass Kinder und kranke oder alte Menschen empfindlicher auf die elektromagnetischen Felder des Mobilfunks reagierten als gesunde Er-

wachsene. Wenn es tatsächlich eine Gesundheitsbeeinträchtigung gebe, müsste sie schon längst durch die seit Jahrzehnten arbeitenden Rundfunk- und Fernsehsender eingetreten sein, argumentiert der Autor der Studie und Leiter des Forschungszentrums für Elektro-Magnetische Umweltverträglichkeit der RWTH Aachen, Prof. Jiri Silny. „Wenn überhaupt ein Gesundheitsproblem zu erwarten ist, dann von den Handys selbst und nicht von deren Sendestationen“, sagte Silny. Die Exposition, also die auf den menschlichen Organismus einwirkenden hochfrequenten elektromagnetischen Felder betragen bei einem Mobilfunk-Sendemast in etwa nur ein Tausendstel der von einem Handy verursachten Strahlung. So beziffert Silny die Exposition durch Mobiltelefone direkt am Kopf mit 5 bis 10 Watt pro Quadratmeter Fläche. Bei den Sendestationen für Rundfunk, Fernsehen und Mobiltelefonie betrage die Exposition je nach Abstand vom Sender nur 0,005 bis 0,05 Watt pro Quadratmeter. Und da Mobilfunk-Sender ihre Wellen fast waagrecht abstrahlen, ist die Exposition direkt unterhalb des Senders mit am geringsten. Aufgrund der vergleichsweise hohen Exposition bei der Nutzung von Mobiltelefonen empfiehlt das BfS, die Felder, denen die Nutzer von Handys ausgesetzt sind, möglichst gering zu halten. Ganz besonders gilt dies für Kinder und Jugendliche, da sie sich noch in der Entwicklung befinden und gesundheitlich empfindlicher reagieren. Schon mit einfachen Vorsorgemaßnahmen lässt sich die persönliche Strahlenbelastung oft wirkungsvoll verringern, ohne auf die Vorteile eines Handys verzichten zu müssen.

Tipps

- Um die persönliche Strahlenbelastung durch das Mobiltelefon so gering wie möglich zu halten, rät das BfS:
- in Situationen, in denen Festnetz und Mobiltelefon zur Auswahl stehen, das Festnetz zu nutzen.
 - Handytelefonate kurz zu halten und nicht benötigte Geräte auszuschalten um die Expositionsdauer niedrig zu halten.
 - Abstand halten: Wenn beim mobilen Telefonieren Head-Sets benutzt werden, verringert sich aufgrund des größeren Abstandes zwischen Kopf und Antenne die Exposition deutlich.
 - Möglichst nicht bei schlechtem Empfang telefonieren: Die Leistung, mit der das Handy sendet, richtet sich nach der Güte der Verbindung zur nächsten Basisstation. Autokarosserien ohne Außenantenne für den Mobilfunk mindern die Qualität der Verbindung, die Handys senden deshalb mit einer höheren Leistung und die Strahlungsintensität steigt.
 - SAR-Werte (Angabe zur maximalen Strahlungsintensität des Telefons) beim Kauf eines Mobiltelefons beachten. Der für den Kopfbereich gesetzlich zulässige SAR-Grenzwert von zwei Watt pro Kilogramm (W/kg), sollte so weit wie möglich unterschritten werden. Seit Ende letzten Jahres findet sich der SAR-Wert in den Gebrauchsanleitungen der neuesten Handy-Modelle. Eine Kennzeichnung auf der Verpackung oder den Geräten selbst steht allerdings noch aus. Seit Juni 2002 vergibt die Jury Umweltzeichen für strahlungssarme Handys (SAR-Wert unter 0,6 W/kg) das Umweltzeichen „Blauer Engel“.

Ausführliche Informationen zum Thema Mobilfunk und Gesundheit unter: www.bfs.de/info/themen/mobilfunk.pdf oder www.vde.de

Was kommt dann?

Walter Riester sprach mit ABM-Kräften über ihre Perspektiven

Am 30. Juni 2002 endete für 15 Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung das einjährige ABM-Projekt „Jugend im kommunalen Wohnbereich“. Fünf der jungen Männer haben in dieser Zeit nicht nur bei der HWB gearbeitet und bei der TÜV-Akademie verschiedene Qualifikationen erworben, sie sind auch in den Focus von Politik und Presse geraten – und das gleich zweimal.

Zu Beginn der Maßnahme vor einem knappen Jahr schaute der Brandenburgische Arbeitsminister Alwin Ziel bei seiner Stippvisite in verschiedenen Hennigsdorfer ABM-Projekten auch bei der HWB vorbei. Zwölf Monate später – der Bundestagswahlkampf kommt langsam auf Touren – haben sich Bundesarbeitsminister Walter Riester und Alwin Ziel angesagt, um

sich über die Situation der regionalen Arbeitsförderung zu informieren. Ein Abstecher führt sie für eine gute halbe Stunde in das Gemeinschaftshaus der HWB, um mit den fünf Jugendlichen über die Ergebnisse der letzten zwölf Monate zu sprechen.

In seiner kurzen Vorstellung des ABM-Projekts unterstrich der Leiter der technischen Hausverwaltung der



HWB, Gerhard Dombrowski, die große Einsatzbereitschaft der Jugendlichen bei der Erfüllung der ihnen übertragenen praktischen Aufgaben; verschwieg aber auch nicht ihr nur mäßiges Engagement bei der theoretischen Ausbildung.

Auf die für den Arbeitsminister und auch die Jugendlichen wohl wichtigste Frage: Ob die Maßnahme den fünf jungen Männern eine neue Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffne, gab es nicht die erhoffte Antwort. Trotz ihrer insgesamt positiven Bewertung des zurückliegenden Jahres sehen die Jugendlichen der Zeit nach Ende der Maßnahme mit gemischten Gefühlen entgegen: Bisher hat niemand einen Job nach Abschluss des ABM-Projektes in Aussicht, und aus ihrem geringen Zutrauen in die Möglichkeiten des Arbeitsamtes machten sie auch gegenüber dem Bundesarbeitsminister keinen Hehl.



Bundesarbeitsminister Riester (Mitte) im Gespräch mit Andreas Pirr (Foto unten)

FOTOS: JÖRN PESTLIN

„Jugend im kommunalen Wohnbereich“

An der von der kommunalen Beschäftigungsgesellschaft NOVareg getragenen einjährigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme „Jugend im kommunalen Wohnbereich“ nahmen insgesamt 15 Jugendliche ohne Berufsausbildung aus dem Landkreis Oberhavel teil. Fünf von ihnen hatten im Bereich der technischen Hausverwaltung der HWB ihr Einsatzgebiet. Neben der praktischen Arbeit drück-

ten die Jugendlichen während der zwölf Monate auch die Schulbank. Ein Drittel der Maßnahme war der theoretischen Ausbildung vorbehalten. An der TÜV-Akademie Hohen Neuendorf belegten die Jugendlichen verschiedene Lehrgänge in Blech- und Holzbearbeitung und erwarben unter anderem einen Gabelstapler- und Motorsägenpass – zur Verbesserung ihrer Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Ein Stadtmensch auf dem Lande

Mehr als 30 Jahre war Nieder Neuendorf das Refugium des Politikers und Journalisten Otto Nuschke

Ein halbes Jahrhundert lebte Otto Nuschke für die Politik. Auf dem „Gertrudenhof“ in Nieder Neuendorf fand der Hobby-Landwirt einen Ausgleich zu seinem hektischen Alltag.

Lässt man die „Elefantenhäuser“ und die Kleingärten am Trifftweg hinter sich, geht es über einen unbefestigten Landweg nur noch im Schrittempo weiter – wie vor 50 Jahren. Damals hatte der Chauffeur des Parteichefs der Ost-CDU und stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR mit den Widrigkeiten der Piste zu kämpfen. Manchmal blieb Otto Nuschkes Auto aber auch im Morast stecken; dann

bestätigen die beiden junge Männer, die im Garten des heruntergekommenen Wohnhauses Tischtennis spielen; verweisen aber an die Nachbarin – die wohne schließlich schon länger hier. Aber auch Frau Scharping ist erst lange nach Nuschkes Zeit in die Abgeschiedenheit gezogen. „Hätte Nuschke zwei, drei Jahre länger gelebt“, sagt sie mit einem Schmunzeln, „hätten wir bestimmt auch eine vernünftige Straße bekommen.“

Rückblende: Anfang der 1920er Jahre hatte Otto Nuschke 70 Morgen Ackerland nahe dem Nieder Neuendorf Kanal erworben. Die Gegend hatte er nach dem Ersten Weltkrieg kennen und lieben gelernt, als er gemeinsam

er bis heute im Hennigsdorfer Stadtplan verzeichnet.

Nuschkes lange journalistische und politische Karriere nahm ihren Anfang in Marburg und Kassel. 1908 kandidierte der inzwischen zum Chefredakteur der „Hessischen Landeszeitung“ aufgestiegene Nuschke bei einer Nachwahl zum Reichstag für die Vereinigten Linksliberalen.

Inzwischen war man auch im Berliner Zeitungsviertel auf den engagierten Journalisten und Politiker aufmerksam geworden. Theodor Wolff, Chefredakteur des im Mosse-Verlag erscheinenden „Berliner Tageblatt“, holte Nuschke 1910 als Parlamentsredakteur in die Hauptstadt. Fünf Jahre später übernahm er die Chefredaktion der „Berliner Volkszeitung“.

Am 16. November 1918 veröffentlichten die beiden Mosse-Zeitungen den Gründungsauftrag der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Nuschke gehörte mit 55 anderen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zu den Mitunterzeichnern des Aufrufs. 1919/20 vertrat Nuschke als Abgeordneter die neue liberalen Partei in der Nationalversammlung und 1921 bis 1933 saß er für die DDP im preußischen Landtag.

Im Gegensatz zu vielen anderen Abgeordneten floh Nuschke im März 1920 nicht vor den Kapp-Putschisten aus Berlin. Sein couragiertes Engagement für die friedliche Beendigung des Putsches hob sein politisches Ansehen. Verschiedene DDP- und SPD-Politiker wollten ihn an Stelle des diskreditierten Noske zum Reichswehrminister ernennen. Aber der zum linken Flügel seiner Partei zählende Nuschke war politisch nicht mehrheitsfähig.

Als Politiker und Journalist kämpfte Otto Nuschke während der Weimarer



Spätes Familienglück. Otto Nuschke mit seiner vierten Ehefrau Vera und Sohn Heinz

Zeit vorbehaltlos für die parlamentarische Demokratie. Noch unmittelbar nach der Machtübernahme der Nazis verließ er in einer hitzigen Landtagsdebatte seinem festen Glauben Ausdruck, dass „die parlamentarische Selbstregierung das Kennzeichen eines freien Kulturvolkes“ sei.

Nach seinem Ausschluss aus dem Reichsverband der Deutschen Presse und dem Preußischen Landtag zog Nuschke sich auf seinen Bauernhof in Nieder Neuendorf zurück. Aber auch hier ließen ihn die Nazis nicht in Ruhe. 1937 musste er seinen Hof an einen Parteigenossen verpachten – ihm und seiner dritten Frau blieben nur zwei Dachkammern.

Selbst in Bedrängnis geraten und mehrfach inhaftiert setzte Nuschke sich während der Nazizeit wiederholt für Verfolgte ein. So gründete er mit alten politischen Freunden einen illegalen Arbeitskreis zur Unterstützung jüdischer Freunde, versorgte Frauen

im benachbarten Zwangsarbeiterlager mit Nahrung und Informationen und nahm 1943 Verbindung zum Kreisauer Kreis auf. Nach dem gescheiterten Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 lebte Nuschke bis zum Kriegsende in der Illegalität.

Am 26. Juni 1946 setzte Nuschke zum zweiten Mal in seinem Leben seine Unterschrift unter einen Gründungsauftrag einer Partei. Diesmal hieß sie CDU. 1948 wählten ihn die Parteimitglieder zum ihrem Vorsitzenden.

Mit der Gründung der DDR wurde Nuschke zum stellvertretenden Ministerpräsidenten. Seine politische Karriere hatte damit ihren Höhepunkt erreicht, aber durch die Einbindung in die Regierungsverantwortung büßte er viel Ansehen ein. Auf gesellschafts- und kirchenpolitischen Konfliktfeldern schwenkte Nuschke – oft wider besseres Wissen – auf den SED-Kurs ein. Nur in geringem Maße konnte er sich der Vereinnahmung durch die SED entziehen und seine politische Eigenständigkeit bewahren. So setzte er sich für Internierte, Kriegsgefangene und Waldheim-Häftlinge ein. Seine Möglichkeiten aber waren begrenzt. Nach Stalins Tod und den Arbeiteraufständen von 1953 keimte in Nuschke noch einmal Hoffnung. Er war von der Möglichkeit zum politischen Wandel so sehr überzeugt, dass er das Angebot der Amerikaner zur Bildung einer Exilregierung ausschlug. Doch seine Erwartungen wurden enttäuscht: Die SED blieb an der Macht und der Widerstand Nuschkes war endgültig gebrochen. Dennoch hegte die SED Vorbehalte gegen den Altliberalen und ließ ihn vom MfS überwachen. Bis zu seinem Tod 1957 arrangierte Nuschke sich mit den politischen Gegebenheiten.



Der Putz bröckelt. Seit Nuschkes Tod hat sich auf dem „Gertrudenhof“ nicht viel getan. FOTO: JÖRN PESTLUN

halfen nur noch die Pferde der Nieder Neuendorfer Bauern.

Nach einer Slalomfahrt um etliche Schlaglöcher ist man endlich am Ziel. Der „Gertrudenhof“. Nichts deutet darauf hin, dass hier Otto Nuschke bis zu seinem Tod 1957 gelebt hat. Ja, den Namen hätten sie schon mal gehört,

mit Walter Rathenau im Wahlkampf durch das Havelland tourte. Zwischen 1924 und 1926 ließ er einen kleinen Hof mit Wohnhaus und Stall errichten – sein Sohn Otto sollte ihn bewirtschaften. Nach seiner 1926 verstorbenen Frau nannte er das Anwesen „Gertrudenhof“ – unter diesem Namen ist

Wohnungsvermietung

Wohnen am Wasser

Attraktive 5-Zimmer-Maisonette-Wohnung im Hennigsdorfer Ortsteil Nieder Neuendorf – Südseite mit Seeblick – ab 1. Juli 2002 zu vermieten. 1. Obergeschoss + Dachgeschoss, 122,76m² Wohnfläche, 3 Balkone, Terrasse, Einbauküche, Teppichboden, inklusive PKW-Stellplatz.

Die Nettokaltmiete beträgt monatlich 790 Euro + 266,30 Euro Nebenkosten. Die Gesamtmiete beläuft sich auf 1056,30 Euro.

Für Fragen oder die Vereinbarung eines Besichtigungstermins steht Ihnen Frau Bielfeld gern zur Verfügung,

☎ 03302 - 86 85 - 21



Klönen im „Nordlicht“ Die Seniorenfreizeitstätte bietet ein buntes Programm



Gute Stimmung in gemütlicher Nordlicht-Runde. FOTO: JÖRN PESTLUN

In der Gemeinschaft macht Sport am meisten Spaß. Das wissen auch die Bewohner des altersgerechten Wohnhauses Rigaer Straße 30/30a. Jeden Mittwoch treffen sich zwölf bis 15 Senioren im „Nordlicht“ zu einer Gymnastikstunde mit Frau Rapsch von der PuR Gemeinnützige Projekt- und RegionalentwicklungsgmbH.

Seit zehn Monaten betreuen Frau Rapsch und zwei weiteren PuR-Mitarbeiterinnen den beliebten Seniorentreffpunkt in der Rigaer Straße. Neben dem Seniorensport organisieren sie regelmäßig Kulturveranstaltungen und Feste. „Wir wollen den Senioren aber nicht einfach ein Programm überstülpen“, sagt Herr Fuchs von der

PuR, deshalb arbeiten die PuR-Mitarbeiterinnen bei der Programmgestaltung mit den fünf Mitgliedern des im November 2001 neu gewählten Sprecherrates des Seniorenwohnhauses zusammen.

Einmal im Quartal lädt die PuR alle Bewohner zu einer Informationsveranstaltung ein. Dann können sie mit den PuR-Mitarbeitern über das geplante Freizeitprogramm diskutieren und ihre Vorschläge und Meinungen einbringen. Bei diesen Treffen ist auch immer ein Vertreter der HWB dabei, um Mieterfragen zu beantworten.

Zu den täglichen Öffnungszeiten zwischen 11.00 und 16.30 Uhr treffen sich im „Nordlicht“ 30 bis 35 Senioren erzählt Frau Rapsch. Bei Kaffee und Kuchen wird dann geklönt oder gespielt. „Unser Treffpunkt steht allen Hennigsdorfer Senioren offen“, betont Herr Fuchs, „nicht nur den Bewohner der Rigaer Straße.“

Kultur im Stadtklubhaus

Das Programm der nächsten Wochen

Juli/August
Sommerpause

Donnerstag, 19.9.2002, 14.00 Uhr
Seniorenveranstaltung
des LEW-AEG Seniorenclubs

Sonntag, 21.9.2002, 20.00 Uhr
„Lieder, die das Leben schreibt“
Gastspiel der Sängerin Gaby Rückert

Mittwoch, 25.9.2002, 16.30 Uhr
Puppentheater
Gastspiel der Puppenbühne „Rabatz“

Donnerstag, 26.9.2002, 19.00 Uhr
Junge Musiker stellen sich vor
eine Veranstaltung der
Musikschule Hennigsdorf

Freitag, 27.9.2002, 19.00 Uhr
Konzert
mit dem Landespolizeiorchester
Brandenburg